



Foto: Steffen Große

WEICHENSTELLUNGEN IN ANDERNACH

Editorial von Steffen Große

Beim Bundesparteitag in Andernach am 20./21. September geht es nicht nur um die Frage, ob BÜNDNIS DEUTSCHLAND stabil bleibt. Es geht auch um die berechtigte Frage, wohin die Reise generell geht.

Strukturell.

Der Bundesvorstand möchte die Bundesschatzmeisterei ausbauen. Die Finanzen sind das A und O, auch für uns. Und jede gute Spendenakquise läuft über eine professionelle Ansprache und braucht gute Vorbereitung.

Der Bundesvorstand möchte wieder eine(n) Kommunikationsbeauftragte(n) gewinnen. Jemand, der die partei-internen Diskussionen anschiebt und lenkt. Wir haben da jemanden im Blick, aber der Bundesparteitag entscheidet.

Der Bundesvorstand wünscht sich außerdem Verstärkung für den Kampagnenbereich.

Der Bundesvorstand möchte jemanden aus dem Social-Media-Team integrieren. Auch wenn das Social Media Team eine Serviceeinheit ist, auch hier bedarf es einer Abstimmung und internen Kommunikation: was ist gewollt, wo müssen wir Fehler korrigieren.

Apropos. Wir allen sollten akzeptieren, dass Fehler passieren können. Nur wer nichts macht, macht keine Fehler. Lasst uns mehr Toleranz zeigen. Dass wir besser werden wollen, ist doch eine Selbstverständlichkeit. Was wir an Geld nicht haben, können wir mit Fleiß und Teamgeist zu einem guten Teil wettmachen.

Mitgliedergewinnung und Spendenakquise ist unser aller Aufgabe. Das kann man nicht allein „nach oben“

delegieren.

Über eine Mitgliederbefragung im Frühjahr haben wir aus den Reihen der Mitgliedschaft neue Verstärkung für das Thema Social-Media gewinnen können. Auch für den Bereich Vortragsorganisation hatten sich Mitglieder gemeldet. Nach einem Kick off brauchen wir hier im Herbst eine „Beatmung“, um es freundlich auszudrücken.

Wo geht die Reise inhaltlich hin?

Wer die letzten BÜNDnews-Ausgaben gelesen hat, der weiß, dass wir mehr Kompetenzen im Bereich der Wirtschaft aufbauen wollen und sollten. Die Union hat das Thema im Wahlkampf liegenlassen und selbst mit dem Start in der GroKo bisher verschlafen. Das Umfrageinstitut INSA hat das ermittelt, was wir alle ohnehin wahrgenommen haben.

Wenn zudem die FDP am Boden bleibt, drängt es sich nahezu auf, „Wirtschaftsaufschwungpartei“ zu werden. Wirtschaft nicht als thematische Verengung sondern unter dem Aspekt, dass eine starke Wirtschaft der Dreh- und Angelpunkt für alle Politikbereiche ist und die Zukunftsängste von den schlechten Wirtschaftsaussichten geprägt sind – die niedrige Geburtenquote ist ein Warnsignal. Wir wollen wieder eine starke, soziale Wirtschaft; prosperierende Unternehmen, die Deutschland nach dem Krieg wieder auf die Beine gebracht haben. Eine Wirtschaft, die mit „Made in Germany“ noch heute einen Weltruf hat.

Lesen Sie weiter auf Seite 2.

IN DIESER AUSGABE

NACH DEM GIPFEL IN ALASKA
GASTBEITRAG PROF. BERND LUCKE

PARTEIENHICKHACK UM
VERFASSUNGSRICHTER

PETITION VON BÜNDNIS BAYERN
„STOPPT DEN WASSERCENT!“

GEWALT GEGEN RETTUNGSKRÄFTE
MUSS ALS VERBRECHEN EINGESTUFT
WERDEN

DIE PARTEI-WISSENSECKE

AUS DEN
BUNDESFACHAUSSCHÜSSEN

————— Nächste Termine —————

BUNDESPARTEITAG

Unser nächster Bundesparteitag findet am
20./21. September 2025 in Andernach.
Rheinland-Pfalz statt.

Anmeldung [HIER](#)

Zugangsdaten gibt es bei der BGS oder der Schatzmeisterei



buendnews@buendnis-deutschland.de

Fortsetzung -

Allerdings zehren wir dieses Image gerade massiv auf und Länder wie China und Co. ziehen gnadenlos an uns vorbei.

Und: wir können ja auf etwas aufbauen. Viele hielten unser Wirtschaftsprogramm zur Bundestagswahl für das Beste. Beim Wahlomat, den der Bundesvorstand bestückt hat, lagen wir auch bei Vielen vorn. Wir müssen uns nicht verstecken. Sichtbarer werden: Ja.

Ich weiß, dass viele Mitglieder die Themen „Sicherheit und Migration“ für wichtiger halten, aber wie sagte Politikwissenschaftler Püttmann von der Uni Bonn kürzlich: „Man kann die AfD bei diesen Themen nicht überstinken.“ Das musste bereits die Union erfahren.

Exakt das ist der Punkt, diese Themen müssen wir sauber mit Lösungsvorschlägen besetzen, aber die Stimmen gehen auf die Mühlen der AfD.

Wir aber brauchen Stimmen auf die Mühlen von BÜNDNIS DEUTSCHLAND.

Welche Funktion nehmen wir ein? Die AfD erklärt inzwischen, dass sie allein regieren will. Auf der anderen Seite sitzen die Brandmauerparteien. Die Lösung kann nur eine Koalition mit den Bürgern sein – an unseren Vertrag mit den Wählern möchte ich erinnern. Diese Lösung zielt auf eine Expertenregierung hin, wenn wir in einer Pattsituation das Zünglein an der Waage sein können. Im Freistaat Sachsen stand man mit dem Einzelabgeordneten Matthias Berger,

der sich der Ministerpräsidentenwahl stellte, kurz davor. Ich glaube auch, dass sich die Bürger am ehesten eine überparteiliche Expertenregierung wünschen. Das Vertrauen in die Parteibuch-Minister ist meines Erachtens auf einem neuen Tiefpunkt.

Die Bürger wünschen sich Lösungen für die Zukunft, die über eine Legislatur hinaus gehen und die von vielen Parteien getragen werden. Das klingt fast nach Schweizer Verhältnissen. Die kann man sicher nicht 1:1 auf Deutschland übertragen, aber ich bin bekanntermaßen ein Fan davon, mehr Schweiz zu wagen.

Wir müssen Deutschland retten.

JUNGES BÜNDNIS SUCHT JUNGEN VORSTAND

Liebe Junge Mitglieder,

junge Wähler sind eine besondere Zielgruppe. Welche Themen und Aktionen sprechen diese Zielgruppe an?

Diese Frage zu beantworten, gehört zu den Aufgaben unserer Jugendorganisation Junges Bündnis. Unser Junges Bündnis stellt sich im Vorstand neu auf – mit Dir?

Wir suchen euch! Mitglieder, die sich vorstellen können, sich in der Leitung der Jugendorganisation zu engagieren.

Bitte meldet euch bei mir, Axel Popp.

Ich bin im Bundesvorstand für das Wachstum unserer Jugendorganisation beratend zuständig.



axel.popp@buendnis-deutschland.de

SEI TEIL DER LÖSUNG

ACTIVITY

Wenn Du uns bei der Arbeit unterstützen willst - schreib uns, welche Skills Du im Projekt BD einbringen kannst:
buendnews@buendnis-deutschland.de

GASTBEITRAG VON BERND LUCKE

NACH DEM GIPFEL IN ALASKA

Zumindest ein greifbares Ergebnis hatte das Treffen zwischen Trump und Putin: Einen Waffenstillstand wird es nicht geben, ehe nicht konkrete Vorstellungen für eine Friedenslösung auf dem Verhandlungstisch liegen.

Das konnte niemanden überraschen: Russland sieht einen Waffenstillstand als vorteilhaft für die derzeit stark unter Druck stehenden ukrainischen Streitkräfte an. Ohne eine grundsätzliche Übereinstimmung darüber, welche Friedensregelung angestrebt werden soll, hat Russland keinen Grund, einer Feuerpause zuzustimmen. (Humanitäre Gründe einmal ausgeschlossen, aber diese scheinen seit jeher kaum eine Rolle zu spielen.)

Hier offenbart sich die grundlegende Schwäche des Westens: So richtig die Verurteilung des russischen Angriffskrieges und das Insistieren auf dem Völkerrecht auch ist, es fehlt völlig an einer konstruktiven Perspektive für die Beendigung des unerträglichen Zustands. Konkret: Wie glaubt der Westen, die Waffen dauerhaft zum Schweigen bringen zu können?

Ein militärischer Sieg der Ukraine mit Rückeroberung ihres gesamten Territoriums inklusive der Krim scheint ausgeschlossen. Zumal der Westen ihn wohl nie angestrebt hat, wissend, dass dies die Gefahr einer unkontrollierbaren Eskalation des Konflikts mit sich brächte. Ein Frieden aber, der Russland eroberte ukrainische Territorien vertraglich zugesteht, würde einen inakzeptablen Präzedenzfall dafür schaffen, dass Grenzen in Europa mit militärischer Gewalt verschoben werden können.

Aus diesem Dilemma scheinen insbesondere die europäischen Staaten keinen Ausweg zu wissen - und das macht Friedensverhandlungen - Waffenruhe hin oder her - aus Putins Sicht sinnlos. Worüber soll man verhandeln, wenn die eine Seite gar nicht weiß, was sie der anderen anbieten kann?

Aber es gäbe einen einfachen, völkerrechtskonformen Kompromissvorschlag, den der Westen sich zu eigen machen könnte: Wenn Russland sich keine ukrainischen Territorien einverleiben darf und andererseits eine Rückkehr dieser Gebiete in die Ukraine unrealistisch ist, dann bleibt nur die Möglichkeit, aus ihnen neue Staaten zu formen - mehrere oder auch nur einen.

“Ob die Bevölkerung die Gründung neuer Staaten den Schrecken des Krieges vorzieht, hinge von der genauen Ausgestaltung ab.”

Das darf natürlich nicht gegen den Willen der Bevölkerung geschehen - und zwar aller Menschen, die vor dem russischen Einmarsch dort gelebt haben. International überwachte Volksabstimmungen in den strittigen Gebieten und in der gesamten Ukraine wären eine zwingende Voraussetzung. Ob die Bevölkerung die Gründung neuer Staaten den Schrecken des Krieges vorzieht, hinge von der genauen Ausgestaltung ab. Zudem muss die Friedensregelung natürlich



Zum Autor: Prof. Bernd Lucke (*1962) ist ein deutscher Ökonom und Politiker. Er ist Professor für Makroökonomie an der Universität Hamburg.
 Akademischer Werdegang:
 Studium der VWL, Philosophie und Geschichte in Bonn und Berkeley, Promotion 1991 an der FU Berlin (summa cum laude), Habilitation 1997 in Volkswirtschaftslehre und Ökonometrie
 Politisches Engagement:
 2013 Mitbegründer und Bundessprecher der AfD
 2014–2019 Mitglied des Europäischen Parlaments
 2015 Gründung Partei ALFA (später LKR, heute „Wir Bürger“)
(Quelle: Wikipedia)

akzeptabel sein. Russland insbesondere würde sicherlich keinem Frieden zustimmen, bei dem Staaten entstehen, die sich früher oder später der EU und/oder der Nato anschließen. Russland beherrscht die Krim und große Teile von vier weiteren ukrainischen, inzwischen völkerrechtswidrig annektierten Oblasten. Es ist unvorstellbar, dass Russland mehr als russische Satellitenstaaten akzeptieren würde.

Nun hat das Wort „Satellitenstaat“ seit dem Eisernen Vorhang einen schlechten Beigeschmack, weil die UdSSR ihre Satellitenstaaten nicht nur militärisch und außenpolitisch an sich band, sondern ihnen auch ein totalitäres Regierungssystem ohne bürgerliche Freiheiten aufzwang. Letzteres aber wäre ein multipler Verstoß gegen die auch von Russland unterzeichnete Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen.

Es liegt deshalb nahe, die auf ukrainischem Territorium neu zu gründenden Staaten als Staaten mit eingeschränkter Souveränität (SES) zu bezeichnen. Denn sie sollten nur verteidigungs- und außenpolitisch an Russland gebunden sein, während sie sich in ihrer inneren Verfassung frei

- Fortsetzung nächste Seite -

MITGLIEDERUMFRAGE ZUM NEWSLETTER

Diese Ausgabe ist nun unsere dritte Ausgabe. Gebt uns gerne ein Feedback. Welche Wünsche oder Ideen habt Ihr? Viele Mitglieder haben auf die erste Ausgabe reagiert und uns interessante Artikel übergeben. Beteiligt Euch! Der Newsletter erscheint in einem Rhythmus von ca. 1 bis 2 Monaten.
buendnews@buendnis-deutschland.de

GASTBEITRAG VON BERND LUCKE - FORTSETZUNG

- Fortsetzung -

und rechtsstaatlich konstituieren sollen.

Solche SES-Staaten kennt das Völkerrecht. Für Aruba z. B. (früher ein Teil der niederländischen Antillen) liegt die außen- und verteidigungspolitische Souveränität beim Königreich der Vereinigten Niederlande, im Inneren aber ist Aruba frei. Auch der Status von Hongkong nach Rückgabe der Kronkolonie an China war - obwohl Hongkong kein eigener Staat wurde - ähnlich angelegt: Im Inneren sollte Hongkong weitgehend frei und demokratisch sein.

Dass das Hongkong-Modell letztlich gescheitert ist, liegt daran, dass keine Sanktion vorgesehen wurde, die China an der Beseitigung der inneren Freiheit Hongkongs gehindert hätte. Diesen Fehler kann man in der Ukraine vermeiden:

Denn zunächst einmal wäre zu vereinbaren, dass die verbleibende

Ukraine Sicherheitsgarantien der westlichen Partner erhält - so wie das der amerikanische Präsident soeben in Aussicht gestellt hat.

Um russischen Sicherheitsbedenken Rechnung zu tragen, sollte dies aber mit der Zusage verbunden werden, dass keine ausländischen Truppen oder Waffensysteme in der Ukraine stationiert werden. (Eine ähnliche, bis heute gültige Zusage für Nato-Truppen gab es für das Territorium der DDR im Zuge der deutschen Wiedervereinigung).

Von dieser Zusage wäre der Westen aber entbunden, sofern entweder ein Angriff auf die Ukraine oder eine Beseitigung der inneren Freiheiten in den SES-Staaten stattfände. Vielmehr müsste Russland sich verpflichten, diese inneren Freiheiten zu schützen - wozu das Damoklesschwert einer Nato-Ausdehnung nach Osten ein vorzüglicher Anreiz wäre. Die

Ukraine wiederum könnte sich rühmen, dass sie in militärisch schwieriger Position einen Frieden erreicht hat, der all ihren Bürgern, auch denen in russisch besetzten Gebieten, ein Leben in Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Prosperität gesichert hat.

Die skizzierte Regelung ist ein fairer Interessenausgleich und völlig völkerrechtskonform. Weitere Regelungen bspw. zur Freilassung verschleppter Kinder, zur Entlassung der Kriegsgefangenen, zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur Nutzung der Bodenschätze nach dem Vorbild der Montanunion finden sich in dem Konzept der Hamburger Friedensinitiative (www.hamburgerfriedensinitiative.de), das interessierten Lesern zur weiteren Lektüre empfohlen wird.

Inside TAGESSCHAU



Die Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND lädt am

16. September 2025 um 18.30 Uhr

zu einer Veranstaltung in den Bremer Landtag ein. Gastredner ist der Journalist **Alexander Teske**, der in seinem Buch „Inside TAGESSCHAU“ die Boulevardisierung und die „politisch einseitige Berichterstattung“ dieser Nachrichtensendung kritisiert.

Anmeldungen werden unter E-Mail kontakt@bd-fraktion-bremen.de oder telefonisch unter 0421-33651155 mit dem Stichwort „BD-Mitglied“ entgegengenommen.

Natürlich kann man auch **gegen den Strom** lesen.



Bestellen Sie jetzt Ihr Schnupper-Abo!

jf.de/schnupperabo



FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.



BÜNDNIS DEUTSCHLAND kritisiert das Parteien-Hick-Hack um die Verfassungsrichter

BD-Vorsitzender Große: "Auch dieser alte Zopf gehört abgeschnitten"

Die Parteien im Bundestag streiten sich um die Benennung und Wahl neuer Richter am Bundesverfassungsgericht. BÜNDNIS DEUTSCHLAND sieht hier einen weiteren Fall, wie man Deutschland neu aufstellen muss. Die Einflussnahme der Parteien gehört nicht nur bei den Rundfunkräten abgeschafft, auch die Personalbenennung und Wahl höchster Richterämter durch die Parteien ist reformbedürftig. Die Kritik an mangelnder Transparenz und Einflussnahme der Parteien ist nicht neu, perlt aber an den Bundestagsparteien seit langer Zeit ab.

BD-Parteichef Steffen Große: "Aus Sicht der Bürger wird das Richterwahlverfahren nicht als neutral, sondern parteilich bewertet. Das schadet dem



Ansehen des Bundesverfassungsgerichts. Die Bürger glauben vielfach, dass sich die Parteien einen Vorteil für politische Entscheidungen erhoffen. Einflussnahme und partei-politische Taktik sind anrühlich.

Dass die alten Parteien das nicht verstehen wollen und dies zur Politikverdrossenheit beiträgt, ist ein weiteres trauriges Kapitel für unsere Demokratie."

Aus Sicht von BÜNDNIS DEUTSCHLAND haben sich bei der Neubesetzung von Richtern am Bundesverfassungsgericht Bundestag und Bundesrat herauszuhalten. Stattdessen sollten unabhängige Experten aus der Richterschaft und Wissenschaft die Benennung der Bundesrichter nach den Kriterien Eignung, Leistung und Befähigung vornehmen.

Ziel muss es sein, das Verfahren zu objektivieren und willkürliche Entscheidungen zu vermeiden. Schweden und Dänemark machen vor, wie es besser geht.

WERBEANZEIGE



SOMMERZEIT – CANVASSINGZEIT

Raus auf die Straße! Das Wetter lädt zu Gesprächen mit den Menschen ein. Damit Sie sich richtig präsentieren können, haben wir im Monat Juli 10% Rabatt auf unsere Restbestände. AUSVERKAUF auf Lagerware von T-Shirts, Basecaps und Infotheken (solange verfügbar).

BÜNDNIS DEUTSCHLAND IN DEN PARLAMENTEN

Sachsen

- in Stadtrat Landeshauptstadt Dresden als Fraktion mit Team Zastrow
- mit Steffen Große
- im Stadtbezirksbeirat Dresden
- mit Steffen Große, Christopher Jahn
- im Gemeinderat Staucha
- Dirk Zschoke

WO SIND WIR ÜBERALL VERTRETEN? IN WELCHEN PARLAMENTEN ARBEITET IHR? MELDET EUCH!

SEI TEIL DER LÖSUNG

ACTIVITY

Wenn Du uns bei der Arbeit unterstützen willst - schreib uns, welche Skills Du im Projekt BD einbringen kannst:
 buendnews@buendnis-deutschland.de



Stoppt den Wassercent – Wasser ist Allgemeingut!

von Birgit Ruder

Die Petition von BÜNDNIS DEUTSCHLAND Bayern gegen den geplanten Wassercent stößt auf großen Zuspruch: Bereits über 3.500 Bürger haben unterzeichnet. Das nächste Ziel sind 5.000 Unterstützer.

„Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Wer daraus eine Einnahmequelle für den Staat machen will, missachtet seinen Charakter als Allgemeingut“, betont Birgit Ruder, stellvertretende Landesvorsitzende und Marktgemeinderätin in Feucht.

Der Wassercent belastet vor allem Privathaushalte, Familien und Rentner, während Großverbraucher wie Industrie und Landwirtschaft geschont werden. Statt neuer Abgaben fordert BÜNDNIS DEUTSCHLAND Bayern eine Wasserpolitik, die auf Eigenverantwortung, Aufklärung und Anreize setzt. Besonders Gartenbesitzer, die durch Begrünung und Artenvielfalt einen Beitrag für die Umwelt leisten, dürfen nicht bestraft werden.

👉 Hier unterschreiben:

<https://www.openpetition.de/petition/online/stoppt-den-wassercent-wasser-ist-ein-allgemeingut-2>

FREIHEIT, HEIMAT, SELBSTBESTIMMUNG – VORTRAG IN FEUCHT

von Birgit Ruder

Feucht, 8. August 2025

Zu einem besonderen Abend luden die Bürgerallianz Feucht und BÜNDNIS DEUTSCHLAND ins Parkrestaurant Feucht ein. Birgit Ruder eröffnete die Veranstaltung mit einem Gedenken an die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki vor 80 Jahren. Besonders bewegend war die Geschichte der japanischen Schülerin Sadako Sasaki, deren gefaltete Papierkraniche heute als weltweites Friedenssymbol gelten.

Nach einer Gedenkminute folgte der Vortrag „Was wir verteidigen – und wie: Freiheit, Heimat, Selbstbestimmung in unsicheren Zeiten.“

Die Botschaft: Frieden und Freiheit sind nur sicher, wenn ein Land selbst in der Lage ist, sie zu schützen – glaubwürdig, eigenständig und dezentral organisiert.

Die Quintessenz brachte ein Satz auf den Punkt: „Lieber frei und aufrecht sterben, als auf Knien leben!“

In der anschließenden Diskussion betonten Gäste, dass diese Denkweise nicht nur für die Verteidigung gilt, sondern auch für Gesellschaft und Politik: Resilienz, Eigenverantwortung und Zusammenhalt beginnen in der Kommune – und reichen bis zur nationalen Sicherheit.



Foto: Vortrag / Birgit Ruder im Parkrestaurant

INFOBOX

RUBRIK ZU WECHSELNDEN INFORMATIONEN ZU BD

INFOS ZUM CI

Die Standardschriftart bei BÜNDNIS DEUTSCHLAND ist "Public Sans"

BÜNDNIS DEUTSCHLAND hat ein CI. Dieses ist erhältlich bei Markus Scheer.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird immer groß geschrieben. So ist die Partei beim Bundestag registriert. Das Kürzel ist ebenfalls BÜNDNIS DEUTSCHLAND.

Für Social Media gibt es ein Kurz-Logo "BD".

Für die graphische Gestaltung nutzen wir Canva und es gibt einen Vorlagenpool für Kacheln.

KONTAKTDATEN

Homepage Bund:
Randy Witte (LV Berlin)
randy.witte@buendnis-deutschland.de

Bundesfachausschüsse:
Kay-Achim Schönbach (Bundesvorstand)
kay-achim.schoenbach@buendnis-deutschland.de

Bundesgeschäftsstelle:
Barbara Winter
kontakt@buendnis-deutschland.de

MITARBEIT GEWÜNSCHT

Möchtest Du dich auch bei BÜNDnews engagieren? Wir suchen aktuell Teammitglieder, die die eingereichten Texte in Canva setzen und gestalten können.

Melde dich unter
buendnews@buendnis-deutschland.de!

Gewalt gegen Rettungskräfte muss als Verbrechen eingestuft werden

22.08.2025

von Carsten Schanz

In Deutschland ist das gewalttätige Auftreten gegen Polizeibeamte in den vergangenen Jahren besonders gestiegen. Eine Gesellschaft ändert sich und es ist inzwischen durch die Politik hingenommen worden, dass sich der schleichende Prozess etabliert hat. Waren es früher noch Familiengeschenke wie eine schusssichere Weste oder stichfeste Handschuhe zu Geburtstagen oder zu Weihnachten, die dazu beitrugen, dass Angehörige und Freunde etwas beruhigter waren, wenn Polizisten in den Dienst gingen, so hat sich das alles inzwischen dramatisch verändert. Die Ausstattung ist wesentlich besser geworden, doch wird der Staat auf der Straße, vertreten durch seine Amtsträger, immer mehr zum Zielobjekt.

Erst im August starb im saarländischen Völklingen ein Beamter durch 17 Schüsse eines Tankstellenräubers. Er reiht sich in eine Liste von mehr als 400 in Deutschland seit 1945 getöteten Polizeibeamten ein. Linke Multi-Kulti-Politik führte über die Jahre dazu, dass der Respekt vor Polizisten auf der Straße sank und damit auch die Achtung vor dem gesamten Staat. Gewalt gehört für unsere Schutzleute zum Tagesgeschäft. Im Jahr 2023 wurden mehr als 46.200 Angriffe gegen Polizeivollzugsbeamte registriert, was eine Steigerung von mehr als 8% zum Vorjahr darstellt. Statistisch gab es täglich etwa 290 Opfer.

Eine Hochburg stellt hierbei Berlin dar. Die Hauptstadtpolizei steht täglich vor besonderen Herausforderungen. Nicht nur Staatsbesuche und das Bewältigen der üblichen polizeilichen Aufgaben einer Großstadt, sondern vor allem die jährlich mehr als 7.500 Demonstrationen müssen abgearbeitet werden. Statistisch sind das mehr als 20 am Tag. Ein Konflikt ist vorprogrammiert.

Alte Ausbilder wagten einst noch immer den Spruch gegenüber jungen Anwärtern: „Das deckt die Polizeizulage ab.“ Diese Zeiten sind zum Glück schon lange vorbei und Gewalt kann durch eine Zulage niemals abgedeckt werden, nur durch politisches und persönliches Handeln. Soweit zur Polizei.

In den vergangenen 10 Jahren bildete sich im gewaltorientierten Spektrum aber ein ganz neues Kriminalitätsphänomen: Der Angriff auf Rettungskräfte, der sich ebenfalls besonders in Berlin massiv aufzeigt. In diesem Zusammenhang hat BÜNDNIS DEUTSCHLAND die Politik bereits im Januar 2023 zum Handeln aufgefordert und einen konkreten Vorschlag unterbreitet, nachdem vor allem die Silvester-einsätze in der Hauptstadt aus dem Ruder liefen.

Dass, was man bei Polizisten vielleicht anders bewerten und begreifen könnte, gilt bei Rettungskräften nicht. Rettungsdienste und Feuerwehr kommen nämlich ausschließlich, um zu helfen. Sie haben keinen anderen Auftrag. Genau jene Helden anzugreifen und zu verletzen, ist an Perversität nicht zu überbieten. Die Silvesternacht 2022/2023 steht im Ergebnis für sich: Die Berliner Feuerwehr hatte 1717 Einsätze in jener Nacht zu bewältigen. Immer wieder erfuhren die Retter damals Gewalt. Einsatzkräfte wurden mit einer Schusswaffe bedroht, während Löscharbeiten mit Pyrotechnik gezielt beschossen, mit Gegenständen beworfen oder durch Pfefferspray verletzt. Letztlich wurden Einsatzfahrzeuge durch Vermummte geplündert und durch Barrikaden an der Weiterfahrt zu Einsatzstellen behindert. In 14 Fällen wurden Einheiten der Feuerwehr in einen Hinterhalt gelockt, um Geräte aus den

Fahrzeugen zu entwenden.

Im Ergebnis wurden in einer Nacht 38 Angriffe auf Einsatzkräfte der Berliner Feuerwehr verzeichnet, 15 Feuerwehrleute wurden dabei verletzt und ein Beamter musste stationär in einem Krankenhaus aufgenommen werden. Wir dürfen auch niemals vergessen, dass in jener Nacht auch 700 Angehörige



Zum Autor:

Der stellvertretende Parteivorsitzende Carsten Schanz (*1967) ist pensionierter Polizeibeamter und war viele Jahre Ermittler im Bereich der Organisierten Rauschgift-Kriminalität. Politisch ist er bereits seit den 1980er Jahren aktiv, zunächst in der CDU und seit 2022 bei BÜNDNIS DEUTSCHLAND. Er ist Gründungsmitglied der Partei und seit dem auch Mitglied des Bundesvorstandes.

ge der Freiwilligen Feuerwehr im Einsatz waren. Also Ehrenamtliche, die sich für das Gemeinwohl einsetzen.

Auch die Bundesstatistik ist verheerend. Im Jahr 2023 wurden bundesweit 2.740 Gewalttaten gegen Rettungsdienste und Feuerwehrangehörige verzeichnet. Angriffe gegen Retter. 2024 gab es allein in Berlin knapp 800 Angriffe gegen Einsatzkräfte der Berliner Feuerwehr, Angehörige des Rettungsdienstes sowie gegen Pflegepersonal, also statistisch täglich zwei.

Auch wenn der Staat bemüht war, gesetzliche Änderungen und einsatztaktische Maßnahmen umzusetzen, so waren und sind sie nicht im Sinne der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung ...

Problemstellung. Eine Verschärfung des Tatbestandes „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ umreißt nicht in Gänze das neue Kriminalitätsphänomen.

Und auch die polizeiliche Begleitung der Feuerwehr bei deren Einsätzen zu besonderen Lagen ist gut gemeint, bindet aber zusätzliche Polizisten, die eigentlich woanders gebraucht werden.

Der Gesetzgeber muss den ersten Schritt machen und die ungenügende Gesetzeslage anpassen. BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert deshalb, den § 115 Absatz 3 des Strafgesetzbuches als Verbrechenstatbestand einzuordnen und somit unter Androhung von mindestens einem Jahr Freiheitsentzug zu setzen.

Es muss bereits präventiv ein klares Signal ausgestrahlt und Grenzen aufgezeigt werden. Eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit im Sinne unserer Retter gehört dazu. Das Wir-Gefühl in Richtung Feuerwehr und Rettungsdienst muss eine zentrale Aufgabe des Staates sein. Die Retter gehören in die Mitte der Gesellschaft und nicht nur dann, wenn man sie braucht. Statt auf woke unsinnige Elektro-Löschfahrzeuge zu setzen, muss die Priorität bei der Zufriedenheit der Feuerwehrleute und deren Außenwirkung stehen, inklusive einer guten Bezahlung und Ausstattung. Zudem sollten Staatsanwaltschaften und Gerichte für beschleunigte Verfahren sorgen. Für Ausländer, die auf diese Weise ihr Gastrecht verwirken, gibt es nur eine einzige Antwort: Sie haben, nach Verbüßung ihrer Strafe, unser Land unverzüglich zu verlassen. Die Zeit, in der ideologisch getriebene Innenminister Möglichkeiten suchen, die Beweislastumkehr einzuläuten, muss beendet werden. Der Staat hat entschieden hinter seinen Leuten zu stehen, und zwar immer dann, wenn sie rechtmäßig arbeiten und vor allem, wenn sie nichts weiter machen als ihren Job. Und der heißt: Helfen!



SPEAKERS CORNER

MEINE MEINUNG – DEIN THEMA

Liebe Mitglieder, in dieser Rubrik wollen wir künftig euch zu Wort kommen lassen und setzen dafür immer für die Folgeausgabe ein Thema.

Lasst uns starten mit dem Thema Rente. Ein kompliziertes Thema. Welche Ideen habt ihr, die Rente in Deutschland zu sichern?

Mehr und länger arbeiten, wie es die Union offenbar will? Mehr Zuschüsse aus allgemeinen Steuern? Ist der Generationenvertrag bei einer Geburtenrate von derzeit 1,35 noch zukunftsfähig?

Schreibt uns bis max. eine A4-Seite an buendnews@buendnis-deutschland.de

PRESSESCHAU

Achimer Kurier

02.09.2025 / 502 Wörter

LIBERALE WOLLEN IN DEN WALLANLAGEN DURCHGREIFEN

...

Bürgermeisterin-Mevissen-Brücke neu zu ordnen". Den Liberalen schwebt "eine Trennung von Rad- und Fußverkehr auf den Durchgangsstrecken in die Innenstadt" vor, etwa "durch farbliche Markierungen". Während das Bündnis Deutschland in der Bürgerschaft für ein Radfahrverbot in den Wallanlagen eintritt, strebt die FDP "die konsequente Verlagerung des übrigen Radverkehrs in den Wallanlagen auf die Radpremiumroute am Wallring" an,

...

ruhrnachrichten.de

29.08.2025 13:30 / 1098 Wörter

WAHLPROGRAMM-CHECK: SICHERHEIT UND SAUBERKEIT

BD: „Entschlossenes Vorgehen gegen Sexismus“

Das Bündnis Deutschland (BD) spricht sich für klare Regeln, Verantwortlichkeit und Vernunft aus. Unter dem Stichwort „Klare Kante gegen Gewalt“ fordert sie, Gewalt entschieden entgegenzutreten. Gleichstellung sei für sie eine Führungsaufgabe in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Frauen müssten

...

Hellweger Anzeiger - Unnaer Zeitung

14.08.2025 / 864 Wörter

LEBENDIGE INNENSTADT UND INFRASTRUKTUR IN DEN STADTEILEN

...

Bei den Stadtteilen sei man als Partei möglichst bei Besichtigungen und Begehungen dabei, um eventuelle Missstände zu beseitigen.

Bündnis Deutschland:

Das Bündnis Deutschland will Handel, Gastronomie und Veranstaltungen in der Innenstadt fördern. „Die Immobilienbesitzer sollen gefördert...

WAHLKAMPF IN NRW – 5 PROZENT SIND MÖGLICH!

von Sebastian Rühling



Foto: Sebastian Rühling

BÜNDNIS DEUTSCHLAND tritt in Fröndenberg und Schwerte zur Kommunalwahl an. Einer der Kandidaten für den Stadtrat ist Sebastian Rühling im Wahlbezirk Schwerte-Westhofen I. Seit Wochen engagiert er sich zusammen mit den anderen Kandidaten an vorderster Front, betreibt Wahlstände und repräsentiert BÜNDNIS DEUTSCHLAND in seinem Wahlkreis.

Sebastian Rühling ist sich sicher: „5 Prozent sind möglich.“ Er konnte bisher eine positive Bilanz ziehen. Seiner Erfahrung nach steuern die Leute gezielt den Wahlstand an, um sich zu informieren. Dabei entstünden qualitativ hochwertige Gespräche mit den Bürgern.

Ein Gespräch ist ihm dabei besonders in Erinnerung geblieben. Sebastian Rühling schildert, dass ein interessierter Bürger ihm von der prekären Ausbildungssituation in NRW berichtet habe, die durch die überbordende Bürokratie berufliche Aufstiegsmöglichkeiten erschwere. Im konkreten Fall ging es um einen Mann, der sich in einer Umschulungsmaßnahme befand und im Rahmen der Umschulung ein viermonatiges Praktikum absolvieren musste.

Durch die bürokratischen Hürden und Auflagen, die ein Betrieb erfüllen muss, habe der Mann zeitnah keinen Betrieb gefunden, in dem er den Praxisteil der Umschulung absolvieren konnte. Sein berufliches Fortkommen habe sich dadurch unnötig verzögert. Diese Erfahrung ist nur eine von vielen, die Sebastian Rühling in seinen Gesprächen mit den Bürgern geschildert wurden.

Im Dialog mit den Bürgern sei ihm immer wieder bestätigt worden, dass BÜNDNIS DEUTSCHLAND die richtigen Ansätze bietet, um Politik für den Bürger zu machen. Für die Wahlen am 14. September rechnet Rühling für Fröndenberg mit einem Ergebnis von mindestens 5 Prozent, in Schwerte, so erhofft er sich, seien die 5 Prozent ebenfalls möglich.



AUS DER MITGLIEDERINFO AUGUST 2025 DES LANDESVERBANDES HESSEN

Social Media und Blog

In unserem Blog ist Einiges passiert: Unser Schriftführer, Roman Kautenburger schreibt z.B. über den immer noch wachsenden Beamtenapparat im Bund, die Selbstbedienung der hessischen Abgeordneten bei den Diäten und Probleme mit der Meinungsfreiheit. Unser Landesvorsitzender Marco Groh widmet sich hingegen der Problematik ausfunder Windkraftanlagen bei fehlender Infrastruktur. Was bewegt euch? Habt ihr Themen oder Artikel für unseren Blog? Details findet Ihr übrigen hier: <https://hessen.buendnis-deutschland.de/politik-die-mir-was-bringt>

Story „Warum bist du bei BÜNDNIS DEUTSCHLAND?“

Zur Vorbereitung unserer nächsten Mitgliederwerbemaßnahme suchen wir Geschichten. Was hat gerade dich bewegt, Mitglied bei BÜNDNIS DEUTSCHLAND zu sein? Und wie reagierst du, wenn dich deine Nachbarn, Freunde darauf ansprechen? Schicke uns deine Geschichte – vielleicht wird sie ja ein Titel unserer Aktion

..... und zur geselligen Parteilarbeit

Am 04.10.2025 lädt der Landesverband Hessen zum Grillfest nach Lautertal ein. Die Mitglieder der anderen Landesverbände sind gern eingeladen - wir bitten hier aber unbedingt um Anmeldung: info@hessen.buendnis-deutschland.de

DIE PARTEI - "WISSENSECKE" VON MARKUS SCHRÖDER



Zum Autor:
Markus Schröder (*1964), seit 10 Jahren politisch aktiv, in verschiedenen Funktionen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Schon früh interessierte ich mich für Satzungen und Versammlungen, zumal ich auch beruflich mit Rechtsverträgen, Dokumentationen und Verfahrensanweisungen befasst bin. Was für viele ein sehr „trockener Stoff“ ist, ist für mich ein Hobby geworden, welches mir sehr viel Spaß macht. Ich bin Gründungsmitglied bei BÜNDNIS DEUTSCHLAND und stolz darauf.
Motto: Was auch immer du tust, handle klug und berücksichtige das Ende.

Welche Aufgaben haben eigentlich die Landesverbände bzw. Landesvorstände?

Landesverbände sind das Bindeglied zwischen Bundespartei und Basis vor Ort. Der Schwerpunkt Ihrer Aufgaben liegt bei der landespolitischen Arbeit und der Organisation von Wahlkämpfen.

Der Landesvorstand führt die Beschlüsse des Landesparteitages durch und koordiniert die Erledigung politischer und organisatorischer Aufgaben des Landesverbandes, der Untergliederungen, insbesondere deren Satzungs-genehmigungen.

Die Aufgaben lassen sich in etwa so zusammenfassen:

1. Organisation und Koordination im Bundesland

- Gründung und Betreuung der Kreis-, Orts- und Bezirksverbände
- Organisation von Landesparteitagen, Landesvorstandssitzungen und Delegiertenwahlen
- Sicherstellen, dass die Partei im ganzen Bundesland arbeitsfähig ist
- Der Landesvorstand trägt die Verantwortung für die gesamte Finanzwirtschaft des Landesverbandes.

2. Politische Programmarbeit auf Landesebene

- Erarbeiten landespolitischer Positionen und Wahlprogramme
- Anpassen der Bundespartei-Programmatik an die spezifischen Themen und Probleme des Bundeslands
- Einbringen von Landesinteressen in die Bundespolitik über Mitglieder, Delegierte und Anträge sowie der Teilnahme an den Fachausschüssen.

3. Wahlkampf und Öffentlichkeitsarbeit im Bundesland

- Planen und Durchführen von Wahlkämpfen zu Landtags-, Kommunal- und Bundestagswahlen
- Bereitstellen von Material, Personal und Strategie für regionale Gliederungen
- Organisation von landesweiten Veranstaltungen, Pressearbeit und Social-Media-Kampagnen

4. Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten

- Durchführung der Landeslistenaufstellung für Landtags- und Bundestagswahlen
- Koordination von Nominierungsverfahren für Direktmandate
- Prüfen der Wahlvorschläge auf formale Richtigkeit

5. Interne Willensbildung und Interessenvertretung

- Vertretung der Landesmitglieder im Bundesvorstand oder auf Landesparteitagen
- Vermitteln zwischen Bundes- und Kommunalebene
- Austragen innerparteilicher Debatten und Entscheidungen auf Landesebene

6. Mitgliederverwaltung und -gewinnung

- Betreuung der Mitglieder im Bundesland
- Organisation von Mitgliederwerbung und -betreuung
- Fortbildung und Schulung von Funktionsträgern und Aktiven

WERBEANZEIGE

Einmal im DeLorean durch die Zeit reisen?
20% Nachlass für Mitglieder von
BÜNDNIS DEUTSCHLAND bei eurem
nächsten Besuch in Berlin. Code: BD20

Einzigartige Halloweek in Zurück in die Zukunft, Ghostbusters, Stranger Things, Starb langsam, E.T., Shutter Island, Starbrennberg, Nostalika uvm.
www.escape-rooms.berlin

80s MOVIE ESCAPE

Für eine Spende an BÜNDNIS DEUTSCHLAND könnte die Werbung für Dein Unternehmen hier auch stehen.

Präsenzsitzung des BFA 12 – Gesundheit, Pflege und Sport

Der Bundesfachausschuss 12 von BÜNDNIS DEUTSCHLAND kam zur diesjährigen Präsenzsitzung in München-Garching zusammen. Unter Leitung von Birgit Ruder wurden in konstruktiver Atmosphäre die gesundheitspolitischen Schwerpunkte geschärft.

Besonders hervorgehoben wurden:

- Freie Wahl der Krankenversicherung
- Vorsorge & Eigenverantwortung
- Stärkung kleiner Kliniken und Geburtsstationen
- Abbau von Bürokratie und Pflegeverwaltung
- Kommunale Gesundheitshäuser
- Freie Impfentscheidung & gesunde Ernährung
- Sportförderung

Einigkeit bestand darin, dass Krankenhäuser keine Profitunternehmen sein dürfen. Die Ergebnisse fließen nun direkt in die Programm- und Wahlkampfstrategie von BÜNDNIS DEUTSCHLAND ein.



Foto: Teilnehmer der Sitzung

BUNDESFACHAUSSCHÜSSE MITGESTALTEN

Liebe Mitglieder,

wir wollen unser Wahlprogramm verbessern. Das ist eine Daueraufgabe. Außerdem sind regelmäßig ad hoc-Themen zu durchdenken. Wir wollen ja stets gute Lösungen anbieten. Wer sich gern in unseren Bundesfachausschüssen einbringen möchte, bewirbt sich bitte mit einem kurzen Motivationsschreiben beim stellvertretenden Bundesvorsitzenden Kay-Achim Schönbach (kay-achim.schoenbach@buendnis-deutschland.de)

Er ist der Koordinator der Bundesfachausschüsse im Bundesvorstand.

BENÖTIGT WERDEN ENERGIE, IDEEN UND AUSDAUER!



Innere Sicherheit und Ordnung



Europa, Heimat, Asylpolitik



Verteidigung, Äußeres und wirtschaftliche Zusammenarbeit



Steuern und Finanzen, Haushalt und Geldpolitik



Arbeit, Soziales, Rente/Altersvorsorge



Rechtsstaat, Freiheit und



Bildung, Wissenschaft, For-



Energie, Umwelttechnik und



Digitalisierung und deren



Wirtschaft, Mittelstand und



Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft, Tier- und Verbraucherschutz



Gesundheit, Pflege und Sport



Familie, Senioren, Jugend und Kinderschutz



Sprache, Medien und Kultur, Kirche und Religionen und Ehrenamt



Bauen, Wohnen, Verkehr und Infrastruktur

BÜNDNIS DEUTSCHLAND muss gesehen werden!

von Juliana Dunlop

Wir wollen in Deutschland die aktuelle Politik verändern. Wir wollen die Wähler in Deutschland erreichen, damit wir ein Bündnis mit ihnen eingehen können.

Unser Vertrag mit den Wählern/Bürgern wird auch über die sozialen Medien mit Leben gefüllt. Derzeitig sind wir ausschließlich mit organischen, d.h. unbezahlten Posts in den sozialen Medien aktiv. Wir pflegen damit zwar unsere Community, erreichen aber eher zufällig Nicht-Follower. Wichtige Zielgruppen wie potenzielle Neumitglieder, politische Entscheidungsträger oder die breitere Öffentlichkeit werden kaum erreicht. Das muss sich ändern!

Anna Schnöring vom Landesverband Sachsen hat unsere Social-Media-Präsenz auf den Prüfstand gestellt und ein tragfähiges Konzept erarbeitet, damit BÜNDNIS DEUTSCHLAND sichtbar wird. Ein durchgeführter Praxistest offenbarte, dass mit bezahlten Social-Media-Posts unsere Reichweite signifikant steigt.

Der bezahlte Beitrag wurde 5342 Personen angezeigt, wovon 94% keine Follower waren! Die Kampagne generierte 1294 Interaktionen (Reaktionen, Kommentare, Shares), was eine Steigerung von 1200 % im Vergleich zu einem rein organischen Post bedeutet. Die Investition belief sich auf 10 Euro im Zeitraum von fünf Tagen. Für die Umsetzung dieser Marketing-Strategie schlägt der Landesverband Sachsen ein jährliches Budget von 600 Euro pro Landesverband vor, das als Förderung abgerufen werden kann. Alle Landesverbände zusammen bringen 9600 Euro auf.

Zur Finanzierung des Fördertopfs ist es notwendig, dass wir alle dazu beitragen, dass BÜNDNIS DEUTSCHLAND gesehen wird! Der Bundesvorstand schlägt daher vor, dass jeder Landesverband 500 Euro zum Fördertopf beiträgt und der Bundesverband weitere 2500 Euro bereitstellt.

NICHT DIE SICHTBARKEIT ALLEIN – AUCH EINE CI MUSS ES SEIN

BÜNDNIS DEUTSCHLAND ist nur ein Bündnis, wenn wir auch visuell ein Bündnis darstellen. Daher muss unsere gemeinsame Handschrift auch in den Sozialen Medien von den Wählern, die wir erreichen wollen, wiedererkannt werden! Wir müssen uns mit einer unverwechselbaren und einheitlichen Corporate Identity präsentieren. Es ist unerlässlich, dass sich alle Landesverbände an die gemeinsamen CI-Richtlinien halten. Das Konzept des Landesverband Sachsen sieht daher vor, dass für die Kostenerstattung der Social-Media – Kampagnen neben der Kostenbelege auch zwingend eine Bestätigung der Einhaltung der Vorgaben des Social-Media-Teams und der Corporate Identity (CI) eingereicht werden muss.

Unsere Kernpositionen
XIV - Medienpolitik

Wir wollen Meinungsfreiheit und -vielfalt statt ideologische Indoktrinierung.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND

BÜNDNIS DEUTSCHLAND IN DEN PARLAMENTEN

Bremen

in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) als Fraktion

→ mit Jan Timke, Julia Tiedemann, Piet Leidreiter, Sven Schellenberg, Cord Degenhard, Holger Fricke und André Minne

und in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven

→ mit Julia Tiedemann, Sandra Brinkmann, Jan Timke, Rüdiger Stark

Bayern

in der Marktgemeinde Feucht

→ mit Marktgemeinderätin Birgit Ruder

INFOBOX

Liebe Mitglieder!

Sie ziehen um, ändern durch Heirat Ihren Nachnamen oder haben eine neue Mobilfunknummer oder E-Mailadresse? – Dann denken Sie bitte daran, Ihre neuen Kontaktdaten auch dem Landesverband und dem Bundesverband mitzuteilen.

Ihre und allgemeine Dokumente finden Sie auch in Ihrem Mitgliederbereich des Serviceportales.

Die Anmeldedaten bekommen Sie mit Ihrer Mitgliedsbestätigung per Mail zugesandt. Falls Ihnen diese nicht mehr vorliegen, können Sie sich gern an die Bundesgeschäftsstelle (BGS@buendnis-deutschland.de) wenden.



Sie interessieren sich für aktuelle politische Diskussionen, Beschlüsse und Aktionen von Bündnis Deutschland?

Mit unserem Newsletter sind Sie immer auf dem neuesten Stand.

Hier melden Sie sich an:

[BD-NEWSLETTER](#)

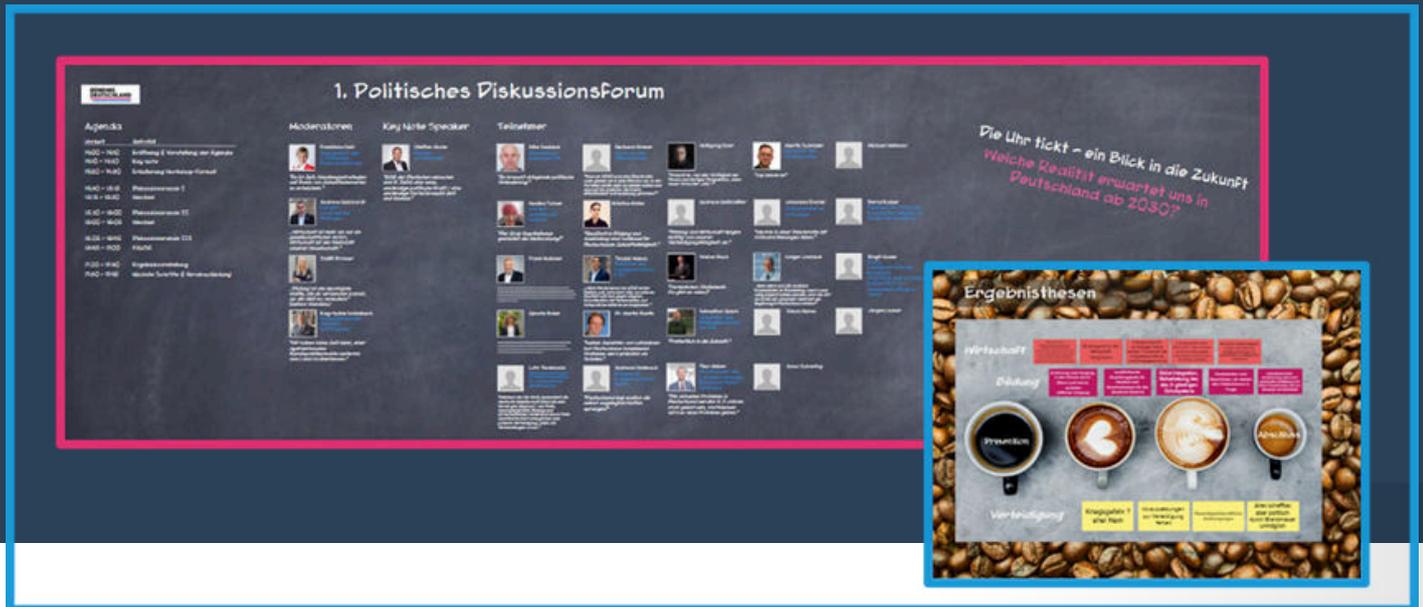


VOM 1. POLITISCHEN DISKUSSIONSFORUM AM 15. AUGUST 2025

von Franziska Hain

Die Uhr tickt – es ist notwendiger denn je, einen Blick in die Zukunft zu werfen. Wie wird die Realität in Deutschland ab 2030 aussehen? Womit wird unser BÜNDNIS DEUTSCHLAND konfrontiert sein, wenn wir 2029 in eine Regierungsbeteiligung gewählt würden?

Am 15. August haben sich Mitglieder unserer Partei im virtuellen 1. Politischen Diskussionsforum zusammengefunden und gemeinsam zu den Themen Wirtschaft, Bildung und Verteidigung debattiert.



Unsere Ergebnisse zum Thema Wirtschaft

BÜNDNIS DEUTSCHLAND benötigt ein Wirtschaftsprogramm, das sich stark an dem bereits bestehenden orientiert, jedoch Kernthemen wie die drastische Reduzierung des Beamtentums deutlich hervorhebt. Die Integration von KI in die Wirtschaft ist dringend erforderlich. Energie sollte ein vorrangiges Thema sein, mit Freiheit für die Energiebeschaffung und -gewinnung. Familienpolitik stärkt die Wirtschaft und muss reformiert werden, um Anreize für Kinder zu schaffen. BD soll die Arbeitswilligkeit fördern und die Sozialzuwendungen für arbeitsfähige Personen und Migranten reduzieren.



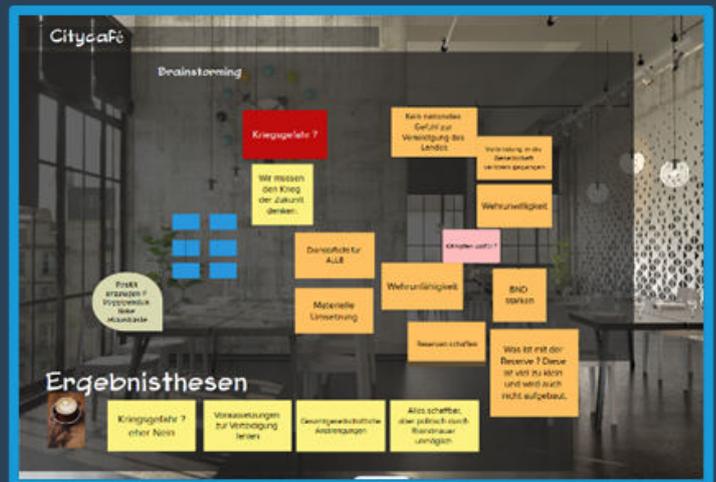
UNSERE ERGEBNISSE ZUM THEMA BILDUNG



Erziehung und respektvoller Umgang in der Schule sollen durch Eltern und Lehrer vertieft werden. Es sollen verpflichtende Einstufungstests für Deutsch und Vorschulklassen eingeführt werden. Eine Integration wird abgelehnt, stattdessen soll das dreigliedrige Schulsystem beibehalten werden. Zentralabitur und zentrale Abschlüsse werden gefordert, wobei der Föderalismus in Frage gestellt wird. Der Lehrerberuf soll mehr Anerkennung erhalten, eine praxisnahe Ausbildung und früher Praxiskontakt sollen gefördert werden, frei von Ideologie und Bürokratie.

UNSERE ERGEBNISSE ZUM THEMA VERTEIDIGUNG

Die Teilnehmer thematisieren die Kriegsgefahr und die Notwendigkeit, sich auf zukünftige Konflikte vorzubereiten. Es wird die mangelnde nationale Bereitschaft zur Landesverteidigung und die verlorene Verbindung zur Gesellschaft angesprochen. Zudem wird die Wehrunwilligkeit und die Frage nach dem Zweck des Kampfes diskutiert. Es wird eine allgemeine Dienstpflicht und die materielle Umsetzung gefordert. Die Wehrfähigkeit und die Notwendigkeit von Reserven werden betont, ebenso wie die Stärkung des BND. Die Reserve sei viel zu klein und werde nicht ausreichend aufgebaut.



Initiatorin



Franziska Hain

Key Note Speaker



Steffen Große

Steuerung & Technik



Tobias Löffelsend

Moderatoren



Andreas Reichardt
Wirtschaft



Steffi Brönnner
Bildung



Kay-Achim Schönbach
Verteidigung

Wir bedanken uns bei Steffen Große für eine impulsgebende Key Note, bei unseren drei Moderatoren Steffi Brönnner, Andreas Reichardt und Kay-Achim Schönbach, bei Tobias Löffelsend für die technische Steuerung unserer Debatte sowie bei allen Teilnehmern für eine gelungene Diskussion und Mitwirkung.

Bei Anregungen, Fragen oder Wünschen wendet euch bitte an Franziska Hain, Initiatorin und Gastgeberin des Forums unter franziska.hain@buendnis-deutschland.de.

PRESSESCHAU

In unserer Rubrik Presseschau geben wir Euch die Fundstellen mit den Erwähnungen unserer Parteiarbeit in den verschiedenen Presseerzeugnissen zur Information. Diese werden uns über einen Pressedienst als Texte zur Verfügung gestellt.

Ganz besonders möchten wir auch auf die von der **Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND in der Bremschen Bürgerschaft** zusammengestellte Presseschau für das Land Bremen hinweisen. Da sie sehr umfangreich ist, fügen wir sie den BÜNDnews als Anlage bei. Viel Spaß bei der Lektüre!

Gern nehmen wir auch Eure Funde in den Presseartikel in die Presseschau auf. Bitte sendet uns die Ausschnitte mit den Angaben zum Presseerzeugnis, dem Datum der Erscheinung und den Daten des Journalisten, falls angegeben.

→ buendnews@buendnis-deutschland.de

Hellweger Anzeiger - Unnaer Zeitung

25.07.2025

WER TRITT BEI DER KOMMUNALWAHL 2025 AN? DIE KANDIDATEN AUF EINEN BLICK

Michael Arndt (SPD), 1966, Selbstständiger Georg Ostermann (CDU), 1970, Landwirt Wilhelm Ecke (Grüne), 1961, Landwirt Werner-Franz Becker (FWG), 1954, Rentner
Andreas Wette (FDP), 1963, Geschäftsführer Janine Melzner (Linke), 1991, Hausfrau Lukas Maximilian Lis (Bündnis Deutschland), 1981, Personalmanagement 02 (Bausenhagen):

...

Sächsische Zeitung Dresden

25.07.2025

ÄRGER UM VERTRÄGE FÜR KITA-ERZIEHER

Seit April 2023 gab es im pädagogischen Bereich 134 Einstellungen beim Eigenbetrieb. In 131 Fällen wurden Festverträge geschlossen, drei Personen erhielten Flex-Verträge. Das geht aus einer Antwort auf Anfrage von Stadtrat Steffen Große (Bündnis Deutschland) hervor. Bildungsbürgermeister Jan Donhauser (CDU) erklärt, weshalb doch noch drei Flex-Verträge geschlossen wurden. „Dies kam zustande, da die Arbeitsverträge bereits vor dem Stadtratsbeschluss unterzeichnet

...

volksstimme.de (Magdeburger Volksstimme)

24.07.2025 10:47

OSTERWIECKS AFD-STADTRATSFRAKTIONSCHIEF WIRFT PARTEIBUCH HIN - WAS ALICE WEIDEL DAMIT ZU TUN HAT

...

übernimmt Julia Schröder aus Bühne. Sie war für eine Anfrage nicht erreichbar. Ob er sich parteilich neu orientieren werde, sei noch offen, so Holzheuer. Die meisten inhaltlichen Schnittmengen sehe er mit dem Bündnis Deutschland.

halternerzeitung.de

13.07.2025 15:00

BÜNDNIS DEUTSCHLAND STELLT KANDIDATURLISTE VOR

Der Wahlausschuss der Stadt Schwerte hat am Mittwoch (9.7.) auch die Teilnahme von „Bündnis Deutschland“ an der Kommunalwahl 2025 bestätigt. Dazu erklärt Sebastian Rühling in einer Pressemitteilung: „Damit stehen wir als neue politische Kraft erstmals flächendeckend in allen 19 Wahlbezirken sowie mit einer Reserveliste auf dem Stimmzettel.“ Das sei ein bedeutender Schritt, der durch das Vertrauen zahlreicher Bürgerinnen und Bürger möglich geworden sei. „Dafür...

BÜNDNIS DEUTSCHLAND IN DEN PARLAMENTEN

Mecklenburg-Vorpommern

im Kreistag im Landkreis Rostock als Fraktion mit der AfD

→ mit Bertold Riech

im Gemeinderat Kuchelmiß

→ Nadine Warncke, Berthold Riech

im Gemeinderat Groß Rogahn

→ Eike Kuschinski

WO SIND WIR ÜBERALL VERTRETEN?
IN WELCHEN PARLAMENTEN ARBEITET IHR?
MELDET EUCH!

Unsere Kernpositionen

I - Agrarpolitik



Wir kämpfen für das Überleben der regionalen, familiengeführten Landwirtschaft.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND

DAFÜR STEHEN WIR.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND

FREIHEIT. WOHLSTAND. SICHERHEIT.

WIR SIND DIE FREIHEITLICH-KONSERVATIVE PARTEI DEUTSCHLANDS.



Die Eigenverantwortung hat Vorrang, wann immer der Einzelne besser entscheiden kann. Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sind von grundlegender Bedeutung.

Konservativ sein bedeutet, das Neue muss beweisen, dass es besser ist als das Bewährte. Wir wollen die in unserem Wertefundament definierten Werte bewahren und Fortschritt auf Faktenbasis und mit Vernunft.

Die Mehrheitsmeinung der Bürger entscheidet.

Der Markt bestimmt die Entscheidungen der Unternehmer. Lenkungswirkungen durch den Staat sollten die Ausnahme sein. Die Interessen der Arbeitnehmer sind durch angemessene Schutzbestimmungen des Staates und die Tarifparteien zu berücksichtigen.

Wir sind technologieoffen und lehnen grüne Ideologie ab.

Wir wollen weniger Staatsausgaben, weniger Bürokratie, weniger Steuern, aber mehr Netto für die Bürger.

WIR STEHEN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT.



NEUE KRAFT FÜR UNSER LAND.



Der Bündnisgedanke ist in unserer DNA. Wir einen, was andere spalten.

Wir haben eine weiße Weste. Die alten Parteien werden ihre eigenen Fehler nicht korrigieren.

"Made in Germany" muss weltweit wieder gut klingen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND - Die neue Kraft für unser Land.